

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

28.8.1931 (No. 199)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herrnbesitzer
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Unruhen, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltschaft für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Unterredung des Reichskanzlers mit Eugenbergs

Die Unterredung, die der Kanzler Dr. Brüning am Donnerstag mit dem deutschnationalen Führer Dr. Eugenbergs hatte, dauerte mehrere Stunden und ging erst nach 7 Uhr zu Ende. Interessant ist, daß auch der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Kaas, an der Besprechung teilgenommen hat. Geheimrat Dr. Eugenbergs hatte seinen Parteifreund Geheimrat Quast mitgebracht.

Über den Verlauf der Unterhaltung wird von unterrichteter Seite nun mitgeteilt, daß Dr. Brüning den deutschnationalen Herren einen ausführlichen Überblick über seine Politik gegeben habe, worauf diese ihren Standpunkt darlegten. Die Zurückhaltung der amtlichen Stellen entspricht nur der Gepflogenheit, solche Aussprachen nicht im einzelnen bekanntzugeben. Im übrigen weiß man ja, daß die Besprechung keineswegs das Ziel einer Regierungsumbildung hatte, obgleich solche und ähnliche Gerüchte in der Öffentlichkeit umgingen. Es liegt also nahe, daß der Kanzler angesichts der Schwere des Winters, dem wir entgegensehen, Wert darauf legt, die parteipolitischen Auseinandersetzungen möglichst einzubäumen, und daß er deshalb dem Führer der deutschnationalen Auseinandersetzungen, wie die Reichsregierung sich die nächste politische Gestaltung vorstellt. Es würde dem Charakter dieser persönlichen Unterhaltung entsprechen, wenn keine konkreten Ergebnisse erzielt worden sind. Ihr Wert liegt ja auch mehr in dem gegenseitigen Kennenlernen der verschiedenen Anschauungen, daß der Kanzler dabei nicht an eine Veränderung seiner Kabinettsgrundlage denkt, ergibt sich übrigens auch aus seiner Stuttgarter Rede. Wie weit sich diese Besprechung auf die zukünftige Einstellung der deutschnationalen Opposition auswirken wird, läßt sich vielleicht erst auf dem deutschnationalen Parteitag übersehen, der in 3 Wochen in Stuttgart stattfindet.

Der Nürnbergers Katholikentag

Am Donnerstagabend fanden in Nürnberg anlässlich des Katholikentages mehrere Versammlungen bzw. Redungen statt. In einer großen Gitterkammer sprach Stadtrater Stähler (Münchener) über „Kindernot — Elterngeld“ und zeichnete die Wege, die uns aus den Nöten der Zeit herauszuführen. Mit beherzten Worten appellierte er an die Eltern, gemeinsam mit der Schule an der christlichen Erziehung der Kinder mitzuarbeiten. Mit starken Worten wandte er sich gegen die Kameradschaftslehre, das Treiben der Kommunisten, Gottlosen in den Schulen zu schaffen, das wilde Wadewesen und eine gewisse illuzorierte Literatur, die in Wort und Bild vergründet auf die Kinderseele einwirkt. Für die heranwachsende Jugend forderte er die Schaffung von Betrieben, in denen die Kinder in ihrer schulfreien Zeit, soweit sie nicht unter der Obhut ihrer Eltern stehen, und die schulentlassene Jugend Aufnahme finden können.

In einer Versammlung der deutschen Caritas für Akademiker behandelte Studentenführer Dr. Nielen (Frankfurt a. M.) die seelische Not unserer Jugendakademiker und die Aufgabe des katholischen Akademikertums, während Frau Ministerialrat Dr. Helene Weber über das Thema „Die katholische Akademikerin“ sprach.

Die allgemeine Frauenversammlung des Katholikentages hatte einen so ungeheuren Andrang aufzuweisen, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Erzbischof Dr. v. Gaub sagte in seiner Ansprache u. a., die Frau sei ins öffentliche Leben eingetreten; sie sei dem Manne gleichberechtigt geworden in Gemeinde und Staat; ihre Stimme sei mitentscheidend für die staatliche Gesetzgebung wie in Gemeindeangelegenheiten. Die wichtigste Aufgabe des katholischen Frauenbundes sei der Kampf gegen die Unsitlichkeit. Die katholische Frauenvwelt werde der Kirche die stärkste Stütze in diesem Kampfe bringen, wenn sie einzig im katholischen Frauenbund eintrete für Heiligkeit der Ehe, Hochachtung des Kindererbes und Schutz der Ungeborenen, Rückkehr zum Anstand und zur Schamhaftigkeit in der Kleidung, die nicht nur durch Gottes Gebot, sondern allein schon durch das seimere weibliche Empfinden geboten werde. Es komme hinzu, seine außerordentliche fruchtbare Tätigkeit auf dem Gebiete des sozialen Lebens und der Caritas. Wenn die Not in den kommenden Monaten noch höher steige, dann bitte er, daß der katholische Frauenbund und seine Mitglieder alles tun, diese Not unseres Volkes zu lindern.

In einer Landfrauen-Rundgebung führten Reichsminister a. D. Dr. Hermes in seinem Vortrag „Die Aufgabe der katholischen Landfrau im modernen Wirtschaftsleben“ u. a. aus, die bäuerliche Wirtschaft sei äußerst wichtig. Die Landwirtschaft sei der einzige Aktivposten in der deutschen Handelsbilanz. An den Werten der Religion, des Glaubens, der Tugend sei nichts zu ändern, dagegen dürfe sich die Frau in wirtschaftlicher Beziehung nicht sträuben, die Arbeit der Bäuerin durch zusätzliche Arbeitskräfte zu entlasten. Dies könne jedoch nur durch Wiederherstellung der Mentalität des Bauerntums erfolgen. Das religiöse Leben müsse ein voller Gleichklang zwischen Gebet und praktischer Arbeit sein.

150 Millionen zur Russen-Finanzierung. Die Verhandlungen mit der Reichsbank über Bereitstellung von Mitteln für die Finanzierung des Lieferungsgeschäftes nach Rußland haben, laut „Industrie und Handel“, zu einem vorläufigen Ergebnis geführt. Danach werden garantierte Russen-Wechsel, die bis Mitte nächsten Monats fällig werden, von der Reichsbank revidiert. Der dafür in Aussicht genommene Betrag bewegt sich um 150 Millionen Reichsmark.

Letzte Nachrichten

Die Staatsanwaltschaft zum Fall Dreiwitz

W.B. Berlin, 28. Aug. (Tel.) Der Wortlaut des Beschlusses, nach dem der Generalstaatsanwalt beim Amtsgericht I Berlin das gegen den bisherigen Vorsitzenden der Wirtschaftspartei, den Reichstagsabgeordneten Dreiwitz, eingeleitete Strafverfahren eingestellt hat, liegt nunmehr vor. Der Generalstaatsanwalt hat den aus der Wirtschaftspartei ausgetretenen Abg. G. Löffler, der Dreiwitz wegen Betruges, Unterschlagung und Untreue angezeigt hatte, die Einstellung des Verfahrens mitteilt und zur Begründung u. a. ausgeführt, soweit Dreiwitz beschuldigt wird, Parteigelder zur Bezahlung privater Rechnungen verwandt zu haben, sei ihm eine strafbare Handlung nicht nachzuweisen. Weder aus den Büchern der Partei, noch aus anderen Unterlagen sei ersichtlich, daß der Beschuldigte Parteigelder zur Bezahlung seiner privaten Rechnungen verwendet hat. Eine unrechtmäßige Verwendung von Parteigeldern durch den Beschuldigten Dreiwitz habe sich nicht nachweisen lassen. Der Ankauf von Aktien der Mittelstandsbank, der im übrigen im Einvernehmen mit Otto Dannenberg, dem Parteikassier, erfolgt ist, lasse einen strafrechtlichen Tatbestand nicht erkennen. Der Vorwurf der Wahlschönungen sei unbegründet.

Eine französische Stimme über den deutschen Kolonialbesitz

Der polnische Korridor

W.B. Paris, 28. Aug. (Tel.) Das Organ „La République“ wagt heute die Frage auf, ob man von Deutschland die Verpflichtung fordern müsse, den Status 2 aufrechtzuerhalten, und beantwortet diese Frage mit einem Nein. Wenigstens in zwei Punkten ist der Status gefährdeter für den Weltfrieden. So ein großes Industriegebiet, wie es das deutsche Volk ist, braucht Absatzgebiete. Man hat eine große Dummheit begangen, als man Deutschland den kontinentalen Markt wegnahm, dessen es bedarf. Dementsprechend ist der polnische Korridor eine ständige Ursache der Unzufriedenheit und der Reibung. Die Lösung, die man in dieser Frage gewählt hat, war einseitig. Die Freunde der Gerechtigkeit und des Friedens in Europa befinden sich vor allem in Frankreich. Sie sollten daher prüfen, wie Deutschland wieder Kolonialgebiete verschafft werden und in zweiter Linie auf den Abschluß eines deutsch-polnischen Abkommens zur Korridorfrage dringen. Bis die Formel für dieses Abkommen gefunden ist und bis die Zuteilung von Kolonialmandaten beschlossen wird, haben wir das Recht, von Deutschland die Verpflichtung zu verlangen, daß es keine Anstalten trifft, den Status 2 durch eine kriegerische Handlung zu ändern.

Litwinow in Berlin eingetroffen

W.B. Berlin, 28. Aug. (Tel.) Der Volkskommissar für Auswärtiges, Litwinow, ist mit den Mitgliedern der sowjetrussischen Delegation für Genf heute vorm. 9.48 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatten sich der deutsche Botschafter in Moskau, v. Dirksen, vom Auswärtigen Amt u. a. der Dirigent der Ostabteilung, Generalmajor Meyer, und Gesandtschaftsrat Nöcker, als stellvertretender Chef des Protokolls, sowie Mitglieder der Botschaft der Sowjetunion eingefunden.

Stimson über das Ergebnis seiner Besprechungen in England

W.B. London, 28. Aug. (Tel.) Stimson, der heute früh London verlassen hat, um nach Amerika zurückzukehren, äußerte sich über die Ergebnisse seiner Besprechungen in England sehr zuversichtlich.

400-Millionen-Dollar-Kredit für Großbritannien

W.B. Washington, 28. Aug. (Tel.) Wie der Korrespondent der „New York Times“ berichtet, stimmte Hoover der Gewährung eines 400-Millionen-Dollar-Kredits an Großbritannien bei.

„Do X 2“ nach Spezia gestartet

W.B. Friedrichshafen, 28. Aug. (Tel.) Das von Italien angekaufte Flugzeug „Do X 2“ ist heute früh von Altenrhein zu seinem Überflugsflug nach Spezia (Genova) gestartet. Weiter des Fluges ist, wie bereits bekannt, Herr von Mitterwaller, Chefpilot Wagner, der den „Do X 2“ eingeflogen hat. Die Besatzung besteht aus 12 Mann. Außerdem befindet sich die italienische Abnahmekommission an Bord. Die Wetterverhältnisse sind außerordentlich günstig. Der Flug wird über die Alpen führen.

Das Flugzeug „Do X“ ist Donnerstagmittag kurz nach 14 Uhr (M.B.) gestartet und traf kurz nach 17½ Uhr in New York, auf dem Wasser niedergehend ein. „Do X“ hatte in raschem Fluge die Strecke Norfolk—New York bewältigt.

Einberufung des preussischen Landtags. Nachdem der Antrag auf Einberufung des preussischen Landtags jetzt genügend unterstützt ist, hat der Präsident den Kleinen Rat für Dienstagabend 4 Uhr einberufen.

Die bayerische Wollverordnung sieht u. a. eine Erhöhung der Schlichtsteuer, eine einmalige Wohlfahrtsabgabe und Einsparungen bei Personal- und Sachausgaben vor.

Die öffentliche Fürsorge im Deutschen Reich

Infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage und der dadurch bedingten wachsenden Arbeitslosigkeit nimmt die öffentliche Fürsorge einen immer größeren Umfang an und erfordert von Jahr zu Jahr höhere Aufwendungen. Die vom Statistischen Reichsamt in „Wirtschaft und Statistik“ (11. Jahrgang Nr. 13) unlängst veröffentlichten Ergebnisse der Reichsfürsorgetatistik für das Rechnungsjahr 1929/30 lassen die zunehmende Verarmung des deutschen Volkes deutlich erkennen und verdienen weitgehendste Beachtung.

Die Darstellung behandelt den Personenkreis der unterstützten Hilfsbedürftigen, die Leistungen der Bezirks- und Landesfürsorgeverbände sowie die Gesamtaufgaben und Einnahmen (öffentliche Fürsorge). Die Zahl der laufend in offener Fürsorge von den Bezirksfürsorgeverbänden unterstützten Parteien betrug im Rechnungsjahr 1929/30: 2,76 Millionen gegenüber 2,49 Millionen im Vorjahr. Darunter waren 78 074 (2,83 v. H.) Kriegsbeschädigte u. v., 725 591 (26,31 v. H.) Sozialrentner, 375 997 (13,64 v. H.) Kleinrentner und Gleichgestellte und 1 575 953 (57,22 v. H.) sonstige Hilfsbedürftige. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der im Berichtsjahr laufend unterstützten Parteien um rund 272 000 oder um 11 v. H. gestiegen, gegenüber dem Rechnungsjahr 1927/28 liegt die Zahl um rund 334 000 höher.

Die Entwicklung zeigt in den letzten Jahren im allgemeinen eine ständig ansteigende Kurve. Die bedeutendste Zunahme brachte der Winter 1929/30. Hier beginnt sich die krisenhafte Gestaltung der Wirtschaftslage in ihrer Auswirkung auf die öffentliche Fürsorge schon deutlich abzuzeichnen. Es sind vor allem die sonstigen Hilfsbedürftigen, darunter in erster Linie die Wohlfahrtsverbandslosen, die in verstärktem Umfang der öffentlichen Fürsorge anheimfallen.

Der Anteil der Kriegsbeschädigten u. v. an der Gesamtzahl der laufend in offener Fürsorge unterstützten Parteien hat sich wiederum verringert; er betrug am 31. März 1930 noch 57 912 oder 2,92 v. H. aller Unterstützten, gegenüber 71 070 (4 v. H.) im Vorjahr. Die Zahl der laufend unterstützten Sozialrentnerparteien hat sich in der gleichen Zeit nur unerheblich, von 627 338 auf 629 444 erhöht; ihr Anteil an der Gesamtzahl der laufend unterstützten Parteien ist aber von 35,22 auf 31,70 v. H. gesunken. Bei den Kleinrentnern ist in der Zahl der Parteien ein Rückgang von 339 238 auf 330 250, also um rund 9000 oder von 19,05 auf 16,63 v. H. festzustellen.

Während sich bei den vorgenannten drei Gruppen keine besonders bemerkenswerten Veränderungen zeigen, hat sich bei der Gruppe der sonstigen Hilfsbedürftigen die Zahl der unterstützten Parteien unter der Wucht der Wirtschaftskrise und der sich verschärfenden Not der deutschen Bevölkerung von Jahr zu Jahr stark vermehrt. Unter den unterstützten sonstigen Hilfsbedürftigen waren an den nachgenannten Stichtagen:

| | Wohlfahrtsverbandslose ¹ | Arbeitslose mit Zusatzunterstützung ² | | |
|-----------------|-------------------------------------|--|------------|------|
| insgesamt v. H. | | insgesamt v. H. | | |
| 31. März 1929 | rd. 209 000 | 28,12 | rd. 32 000 | 4,31 |
| 31. März 1930 | rd. 388 000 | 40,07 | rd. 69 000 | 7,18 |

Die Zahl der laufend unterstützten Wohlfahrtsverbandslosen ist bis Ende Mai 1931 auf 1 074 463 gestiegen. Den Städten dürfte hierdurch eine Mehrbelastung im Rechnungsjahr 1930/31 von mindestens 650 Millionen Reichsmark erwachsen. Ferner waren Ende März 1930: 39 719 Fürsorgearbeiter vorhanden, d. h. Personen, die von den Gemeinden in Fürsorgearbeit untergebracht worden sind.

Sichtlich der Verteilung der Hilfsbedürftigen auf Stadt und Land ergibt sich aus den Zahlen der Reichsfürsorgetatistik wieder wie im Vorjahr, daß die Bevölkerung der Städte der Arbeitslosigkeit und sonstigen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit bei weitem stärker ausgesetzt ist als die Bevölkerung auf dem Lande. Während auf

¹ Das sind arbeitsfähige arbeitslose Personen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung oder Krisenfürsorge haben (Ausgesteuerte aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, Arbeitnehmer ohne Anwartschaft u. v.).

² Das sind Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, denen die Versicherungsbezüge zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes nicht ausreichen und deshalb aus öffentlichen Fürsorgemitteln Zusatzunterstützung gewährt werden muß.

³ Vom Hundert der sonstigen Hilfsbedürftigen.

dem Lande bei Arbeitslosigkeit oder sonstiger Notlage noch vielfach die Möglichkeit besteht, sich ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge durchzuhelfen, ist dies in den Städten meist nur in sehr beschränktem Umfange möglich. Die Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge ist deshalb in den Städten, vor allem in den Großstädten, eine verhältnismäßig viel häufigere und weitergehende als auf dem Lande. Der Einwohnerzahl nach stellt die städtische Bevölkerung nur rund 40 v. H. der Reichsbevölkerung, die der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände dagegen 60 v. H. Im Gegensatz hierzu entfallen auf die städtischen Bezirksfürsorgeverbände annähernd 55 bis 60 v. H. aller laufend unterstützten Parteien, auf die ländlichen Bezirksfürsorgeverbände aber nur 40 bis 45 v. H.

Die Zahl der laufend unterstützten Parteien, auf 1000 Einwohner berechnet, betrug im ganzen Reich Ende März 1930: 31,82 gegen 28,54 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Bei den städtischen Bezirksfürsorgeverbänden erhöht sich diese Zahl auf 44,17, bei der Stadt Berlin sogar auf 56,12, bei den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden ermäßigt sie sich auf 23,10. Unter dem Reichsdurchschnitt liegen die Zahlen von Württemberg (18,49), Bayern (23,10), Baden (25,71), Thüringen (26,56) und in Preußen von Hohenzollern (14,99). Die Gesamtzahl der in den Parteien unterstützten Personen wird vom Statistischen Reichsamt für den 31. März 1930 auf etwa 3,2 Millionen und für die einzelnen Fürsorgegruppen folgendermaßen geschätzt:

| Parteien | Personen |
|--------------------------|--------------------------------|
| Kriegsbeschädigte usw. | 57 900 rd. 110 000 |
| Sozialrentner | 629 400 " 881 000 |
| Kleinrentner usw. | 330 300 " 396 000 |
| Sonstige Hilfsbedürftige | 968 300 " 1 840 000 |
| Zusammen: | 1 985 900 rd. 3 227 000 |

Auf je 19 Einwohner (Ende März 1929 auf je 22) entfiel also im Durchschnitt 1 Person, die aus öffentlichen Fürsorgemitteln laufend unterstützt wurde.

Die Zahl der Fälle, in denen der Hilfsbedürftigkeit durch einmalige Zahlung oder Unterstützung abgeholfen werden konnte, belief sich auf 5,078 Millionen und hat gegenüber dem Vorjahr fast keine Änderung erfahren (5,188 Millionen). Auf Kriegsbeschädigte usw. treffen 618 000, auf Sozialrentner 215 000, auf Kleinrentner usw. 102 000 und auf sonstige Hilfsbedürftige 4 252 000 Fälle.

In Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge und in Familien sind im Berichtsjahr vorübergehend 1 013 362 (im Vorjahr 960 006) und dauernd 362 162 (351 393) Personen untergebracht worden. Von den vorübergehend (dauernd) in geschlossener Fürsorge und in Familien untergebrachten Personen waren 4,79 (1,12) v. H. Kriegsbeschädigte usw., 7,16 (11,81) v. H. Sozialrentner, 2,34 (4,01) v. H. Kleinrentner und 85,71 (83,06) v. H. sonstige Hilfsbedürftige.

In Baden wurden von den 56 Fürsorgeverbänden Ende März 1930: 59 453 Parteien laufend offen unterstützt, das sind rund 7000 mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Von den 59 453 unterstützten Parteien waren 3652 Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene und Gleichgestellte, 17 666 Sozialrentner, 10 173 Kleinrentner und Gleichgestellte und 27 952 sonstige Hilfsbedürftige. Auf 1000 Einwohner entfielen 25,71 (im Vorjahr 24,46) unterstützte Parteien gegenüber 34,30 in Preußen, 23,10 in Bayern, 37,16 in Sachsen, 18,5 in Württemberg, 31,90 in Hessen und 22,09 in Oldenburg. In Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge und in Familien waren im Berichtsjahr vorübergehend 34 563 und dauernd 21 178 Personen untergebracht.

Von den Landesfürsorgeverbänden wurden 465 546 Personen, das sind rund 23 000 Personen mehr als im Vorjahr, betreut. Davon waren 376 890 Erwachsene und 88 656 Minderjährige. 92 652 Erwachsene und 19 854 Minderjährige waren dauernd in geschlossener Fürsorge untergebracht, vorübergehend dagegen 270 205 bzw. 65 582. Die von den Landesfürsorgeverbänden unterstützten Hilfsbedürftigen verteilen sich auf die einzelnen Gruppen wie folgt:

| | Rechnungsjahr | |
|----------------------------|----------------|----------------|
| | 1929/30 | 1928/29 |
| | Personen | |
| Geistesranke usw. | 116 823 | 109 884 |
| Taubstumme | 3 706 | 3 706 |
| Blinde | 3 431 | 2 980 |
| Krüppel | 23 207 | 22 512 |
| Sonstige Gebrechliche usw. | 8 819 | 9 005 |
| Sonstige Hilfsbedürftige | 309 560 | 294 547 |
| insgesamt | 465 546 | 442 634 |

Die gesamte Fürsorgelast betrug im Deutschen Reich im Berichtsjahr rund 1578 Millionen Reichsmark, das sind 117 Millionen Reichsmark mehr als im Vorjahr. Auf den Kopf der Bevölkerung waren hierfür 25,29 RM aus öffentlichen Mitteln (Steuern usw.) aufzubringen gegen 23,41 RM im Rechnungsjahr 1928/29.

In Baden stellte sich der Zuschußbedarf (Ausgaben nach Abzug der Einnahmen) der Fürsorgeverbände einschließlich Jugendhilfe im Berichtsjahr auf 38,692 (34 518) Millionen Reichsmark. Hierzu kommen 10,152 (9,940) Mill. Reichsmark des Landesfürsorgeverbandes, so daß sich ein Gesamtzuschußbedarf von 48,844 (44,459) Mill. Reichsmark ergibt. Der Zuschußbedarf ist in Baden entsprechend der größeren Zahl von Arbeitslosen be-

trächtlich höher als in Württemberg, wo er nur rund 27,3 Mill. Reichsmark beträgt. Auf einen Einwohner entfällt in Baden ein Gesamtzuschußbedarf von 21,12 RM gegen 10,57 RM in Württemberg.

Die Fürsorgekosten der 56 badischen Bezirksfürsorgeverbände verteilen sich auf die einzelnen Gruppen der Unterstützten wie folgt: Kriegsbeschädigte 2,111 Mill. Reichsmark, Sozialrentner 8,984 Mill. Reichsmark, Kleinrentner usw. 6,633 Mill. Reichsmark, sonstige Hilfsbedürftige 24,314 Mill. Reichsmark, Wochenfürsorge 0,193 Mill. Reichsmark, im ganzen im Rechnungsjahr 1929/30: 41,636 Mill. Reichsmark gegenüber 37,540 Mill. Reichsmark im Jahre vorher. Unter den Fürsorgekosten waren Ausgaben für laufende Vorleistungen 18,818 Mill. Reichsmark, für Unterbringung in geschlossener Fürsorge und in Familien 15,478 Mill. Reichsmark.

Der Fürsorgeaufwand des Landesfürsorgeverbandes stellte sich für Geistesranke (Geisteschwache usw.) und Epileptiker auf rund 487 000 RM, für Blinde und Taubstumme auf rund 169 000 RM, für Krüppel auf rund 11 100 RM, für sonstige Gebrechliche oder Kranke auf rund 376 400 RM, für sonstige Hilfsbedürftige auf rund 286 400 RM, insgesamt auf rund 1 177 600 RM.

B. Ehrler, Freiburg i. Br.

Der „Fernsprech-Rundendienst“

Eine Neuerung der Reichspost

ENB. Berlin, 28. Aug. (Priv.-Tel.) In der Öffentlichkeit wird neuerdings in stärkerem Maße das Verlangen laut, daß bei den Fernsprechvermittlungstellen sogenannte Auftragsstellen geschaffen werden müssen, die in Abwesenheit oder bei Behinderung der Teilnehmer Meldungen entgegennehmen und weitergeben oder sonst Aufträge bestimmter Art vermitteln. Um diesen Wünschen gerecht zu werden und ihrerseits so viel wie möglich zur Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs beizutragen, hat sich die Deutsche Reichspost entschlossen, einen diesen Zwecken dienenden Auftragsdienst Anfang Oktober zunächst versuchsweise in einigen größeren Ortsnetzen (Berlin, Hamburg, Köln und Wiesbaden) einzurichten. Dieser Dienst und die ihn ausführenden Dienststellen werden die Bezeichnung „Fernsprech-Rundendienst“ führen.

Die Forderungen der Christlich-Sozialen

Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen tagte am Donnerstag vollständig im Reichstag. Die Fraktion sprach sich dahin aus, sie halte aus staatspolitischen Gesichtspunkten der ausgleichenden Gerechtigkeit eine Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen sowie eine Einschränkung des Doppelverdienens für dringlich und unerlässlich. Sie ermahnt, daß die die Notverordnung vom 25. Juli eingeleitete Angleichung der Gehälter der Kommunalbeamten und der Leiter der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe an die Gehälter der Reichsbeamten rücksichtslos durchgeführt wird. Formale verfassungsrechtliche Bemerkungen müßten auch hier überwunden werden. Der Kampf gegen die unberechtigten Kreisbindungen durch Kartelle und Konzernierungen, ferner die Reform des Aktienrechts und die Senkung der Mieten müsse energig gefördert werden.

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeiterverbände Deutschlands, an dessen Spitze der frühere Reichswehrminister Dr. Koch steht, hat einen ausführlichen Bericht über die Katastrophe des Evangelischen Kaufpartyzerns durch seinen Generalsekretär Rudolph und den Landtagsabgeordneten Dein ausarbeiten lassen. Dieser Bericht gibt in einer einzigen schweren Anklage gegen den Zentralausschuß der Inneren Mission und dessen Beauftragten im Kaufpartyzern, Rajator D. Gremer.

Erörterungen über eine Neuordnung der Beamteneinbeziehung

Wie wir erfahren, sind im Verlaufe der wirtschaftspolitischen Beratungen Gedanken einer Neuordnung der Beamteneinbeziehung aufgeleuchtet. Es soll sich dabei neben gewissen Umgruppierungen in der Einstufung auch um Änderungen bei den Gehaltssteigerungen in der Weise handeln, daß an Stelle des zweijährigen Vorrückens von einer Stufe zur nächsten innerhalb einer Beförderungsgruppe eine Frist von drei Jahren festgelegt werden soll. Beschlässe sind jedoch in dieser Richtung noch nicht gefaßt worden.

Handelszusatzabkommen zwischen Ungarn und Frankreich

Das Ungarische Teleg.-Korresp.-Büro meldet aus Lissabon: Die hier geführten ungarisch-französischen Verhandlungen wurden beendet und das zwischen Ungarn und Frankreich zustande gekommene Handelszusatzabkommen paraphiert. Durch dieses Zusatzabkommen sichert beiderseitig Frankreich dem ungarischen Weizen bevorzugte Behandlung zu, um diesem den französischen Markt zu öffnen. Ungarn gewährt demgegenüber gewissen typisch französischen Industrieartikeln, die dem Regime der Meistbegünstigung unterliegen, Zollbegünstigungen.

Arbeiterpartei gegen Kabinett

Der Generalkonferenz des englischen Gewerkschaftskongresses, der Nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei und der beratende Ausschuß der parlamentarischen Arbeiterpartei erklären in einem Manifest, die neue Regierung müsse mit größter Entschiedenheit bekämpft werden. Die Leitung der Bergarbeitervereinigung hat in einer außerordentlichen Zusammenkunft die gegenwärtige politische Lage erörtert. Der Sekretär der Vereinigung, Cook, erklärte nach der Sitzung, die Leitung habe sich einmütig entschlossen, den Gewerkschaftsrat und die Arbeiterpartei in ihrer Opposition gegen die neue Regierung zu unterstützen.

Verbot einer nationalsozialistischen Wochenschrift. Die nationalsozialistische Wochenschrift „Der Stürmer“ in Nürnberg wurde mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 9. September wegen des in Nr. 35 veröffentlichten Gedichtes „Die Wurtzuppe“ auf Grund der Notverordnungen des Reichspräsidenten verboten.

Schaffung eines Obersten Lufttrates in Frankreich. Im französischen Ministerrat wurde auf Vorschlag des Luftfahrtministers die Schaffung eines Obersten Lufttrates beschlossen.

Die Notlage des Gemeindeforstes

In der letzten Zeit haben wir mehrfach Meldungen gebracht, die das Darniederliegen der deutschen Holzwirtschaft kennzeichnen. Daher erscheinen die nachstehenden Ausführungen des Badischen Waldbesirzverbandes besonders beachtlich.

In außergewöhnlichem Maße haben die Holzabfuhr und der tiefe Stand der Rundholzpreise, die heute 60 bis 70 v. H. der Vorkriegspreise ausmachen, die wirtschaftliche Lage der waldbesitzenden Gemeinden erschwert. Die zahlreichen Gemeinden, deren Haushalt sich im wesentlichen auf die Einnahmen aus dem Walde begründet, der ihnen bislang eine Quelle verhältnismäßigen Wohlstandes war, haben jetzt große Schwierigkeiten, ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen und ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die an sich schon stetig wachsende Belastung der Gemeinden durch die Erwerbslosenfürsorge und durch die steigenden Ausfälle in den Steuererhebungen und sonstiger Einnahmequellen erfährt durch den in ungeahntem Maße eingetretenen Rückgang der Einnahmen aus dem Waldbesitz eine neue Verschärfung.

Die Auswirkung dieser Lage erstreckt sich nicht nur auf die gegenwärtigen Ausfälle, in den Einnahmen aus dem Gemeindeforste, die Folgen sind vielmehr für den gesamten Gemeindeforst als Wirtschaftssubjekt nachteilig. Manche Gemeinden sehen sich genötigt, die Kulturarbeiten und die waldbaulichen Pflegearbeiten wie Durchforstungen und Luterungen einzustellen, oder ganz auszusparen, die Waldbearbeitungen einzustellen, was für den Wald und seine wirtschaftliche Erschließung von außerordentlichem Nachteil ist. Die in langen Jahrzehnten durch mühsame waldbauliche und organisatorische Arbeit erzielte Hebung der Rentabilität des Gemeindeforstes droht durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zerstört zu werden. Denn was bedeutet es anders als die Zerrüttung eines solchen organisch aufgebauten und wohlgeordneten Wirtschaftssubjektes, wenn, wie es vorgekommen ist, der Holzhändler durch den Wald geht, sich die besten Stämme ohne Rücksicht auf den Waldbau und der Betriebseinschränkung herausucht und die Gemeinde gezwungen ist, zu all dem „Ja“ zu sagen, nur um überhaupt aus dem Walde eine Einnahme zu erzielen.

Andere Gemeinden wieder nehmen Überläufe vor, schlagen nur die besten Bestände und lassen die Pflegearbeiten außer acht, denn der Gemeindeforst läßt keine Einschränkung mehr zu. In den Stangenholzlagen müssen die Durchforstungen zurückgestellt werden, damit geht der Zuwachs zurück, und ohne Pflege und Begünstigung der Zukunftsstämme wird das heutige Streben nach weitmöglicher Erzielung von Qualitätsholz gefährdet. Die Folge mangelhafter Bestandspflege ist weiter Bodenverschlechterung und als Auswirkung davon Zuwachsrückgang und Erschwerung der Verjüngung. Die Bodenregeneration läßt sich nur mit großen Geldlichen Opfern wieder erreichen. In jungen Fichten und Kiefernstammholzlagen werden die Luterungen eingestellt, weil der Holzfall sich nicht absehen läßt. Die einzelnen Stämme stehen in scharfem Konkurrenzkampf um Licht und Luft; der Zuwachs läßt nach, die schwächsten Stämme werden erdrückt, sterben ab und bilden den Verbreitungsherd für die so überaus schädlichen Porzellanspinner und die sonstigen Forstschädlinge. Der Wald ist in seinem natürlichen Wachstum als Wirtschaftssubjekt an eine stetige Pflege und Behandlung gebunden; jetzt diese aus, so wird er in kurzer Zeit um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Die Lage wird durch die übermäßige Holzeinfuhr aus den Holzüberflusländern noch weiter verschärft. Ausland bildet weiterhin den unübersehbareren, unsicheren Faktor, der jede geordnete Holzwirtschaftspolitik ausschließt. Was sollen die Gemeinden für die Besserung ihrer Lage tun? Überläufe dürfen keineswegs vorgenommen werden, denn das wäre Verschleuderung wertvoller Bestände. Im Gegenteil sollte der Vieh möglichst eingeschränkt werden, um durch die Verringerung des Holzangebots die Marktlage erst einmal zu bereinigen und die Stabilisierung der Holzpreise anzustreben. Solchen Maßnahmen müssen sich aber sämtliche Gemeinden anschließen. Weiter ist Voraussetzung für eine Gesundung weitmögliche Drosselung der ausländischen Holzeinfuhr. Weiter müssen die Gemeinden zur Behebung der Absatzschwierigkeiten zur Selbsthilfe greifen: sie müssen für ihre eigenen Bedürfnisse nur das Holz aus ihrem eigenen Wald verwenden und sie müssen ihre Bestrebungen auf bevorzugte Verwendung von Holz statt an deren Kaufstoffe richten; die Förderung des Holzhandelsbankens muß tatkräftig aufgegriffen werden, denn gerade hier liegt ein fruchtbares Gebiet für die Holzgewinnung.

Aber auch Hilfsmassnahmen von außen her sind notwendig. Auch die badische Regierung und der Landtag haben, sich von dieser Einsicht leiten lassend, befanntlich wiederholt Verantwortung genommen, sich der Wald- und Holzwirtschaft anzunehmen und entsprechende Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, — leider jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die Reichsbahn rüht sich nicht und verzagt sich hinter ihre finanzielle Lage, die ein Entgegenkommen unmöglich macht. Zwar sind einige kleine Forderungen in Erfüllung gegangen und es ist ein Ausnahmesteuertarif für Holz in Aussicht gestellt, — die großen drückenden Forderungen (führbare Ermäßigung der Nachfrachten, Aufhebung der Holzdurchfuhrtarife) sind aber noch nicht erfüllt. Während das Reich für andere Wirtschaftszweige Hunderte von Millionen als Subventionen und dgl. auswirft, und den östlichen Grenzgebieten — wir vergönnen es jenen Gegenden keineswegs — wiederholt Hilfsmittel zugewiesen worden sind, ist im Grenzland Baden, wenigstens für Wald und Holz, auch noch kein gar nichts geschehen, obgleich es an Verpflichtungen (man erinnere sich nur an den Besuch des Reichspräsidenten) wirklich nicht gefehlt hat. Die Öffentlichkeit kann dadurch helfen, daß sie Artikel des täglichen Lebens, die aus Holz hergestellt sind, anderen Herstellungsarten vorzieht. In derselben Richtung kann gearbeitet werden im Rahmen der Verlassen des Flachbaues und Rückkehr zur Holzkonstruktion, ferner durch Erhaltung von Häusern in einer Konstruktion, bei der Holz in besonderem Umfang Verwendung findet. Damit wäre dem Holzabsatz schon viel gedient; den Kufen hätte nicht nur die Waldwirtschaft, sondern durch bessere Einnahmen die Gemeinden, das Land und damit nicht nur jeder Steuerzahler, sondern auch jeder Arbeiter und Arbeitslose.

Englands Vertretung in Genf. Amlich wird gemeldet, daß Lord Cecil erster Delegierter der britischen Regierung bei der Genfer Tagung des Völkerbundesrates und der Völkerbundsversammlung sein wird. Aber die Namen der anderen Delegierten ist noch nicht entschieden worden.

Das unruhige Portugal. Reisende, die aus Portugal in Spanien eingetroffen sind, erklären, daß die Aufstandsbewegung in Lissabon auf die Unzufriedenheit der Garnison wegen der Ernennung eines neuen Kriegsministers zurückgehe. Neue Kämpfe haben in Lissabon zwischen Regierungstruppen und Aufständischen stattgefunden, wobei 35 Personen getötet und etwa 300 mehr oder weniger schwer verwundet wurden.

Ein mysteriöser Brandstiftungsanschlag in einer Berliner Villa

Ein Sprengstoffanschlag wurde in der Villa des Berliner Schriftstellers Major a. D. Karl Streder, der in der Kolonie Klein-Machow bei Zehlendorf wohnt, unternommen. Streder ist zur Zeit mit seiner Familie verreist. Im Hause befindet sich nur die Portierfamilie. Der Portier machte am Donnerstag früh durch einen intensiven Brandgeruch auf. Er ging in die Wohnung hinauf und stellte fest, daß die meisten Einrichtungsgegenstände im Schlafzimmer brannten. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, die den Brand schnell ablöschte. Es ist nur dieses eine Zimmer zum Teil ausgebrannt. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um einen raffinierten Brandstiftungsanschlag handelt. In den meisten Räumen waren auf den Teppichen und Tischdecken kleine Häufchen Schwarzpulver gestreut. Vom Schlafzimmer aus ging dann eine Zündschnur durch sämtliche Zimmer, die diese Pulverhäufchen berührte. Im Schlafzimmer war der Brand angelegt worden. Die Zündschnur ist jedoch auf der Schlafzimmerschwelle verloschen. Man steht vor einem Rätsel, da aus der Villa nach den bisherigen Feststellungen nichts gestohlen ist. Auch an einen Mord glaubt man nicht, da Streder nach seinen eigenen Feststellungen keine Feinde hatte. Karl Streder, der im 69. Lebensjahr steht, war in seiner Jugend Offizier. Über 20 Jahre lang ist er Theaterreferent der „Täglichen Rundschau“ gewesen. Streder ist auch mit Romanen und Bühnenstücken hervorgetreten. Vorübergehend war er auch als Dramaturg der Reinhardt-Bühnen tätig.

Schwere Verfehlungen scheint der Berliner Kriminalkommissar Dubral begangen zu haben. Er ist verhaftet und bei seinen Vernehmungen wurden schwere Vergehen gegen die Dienstpflicht festgestellt. Unter anderem soll er sich des Meindens schuldig gemacht haben.

Badischer Teil

Reichsbewertungsgesetz und Bewertung des Grundvermögens

Den Hausbesitzern sind im Laufe des Monats Juni die Aufforderungen der Finanzämter zur Abgabe der Vermögenserklärungen zugegangen, soweit sie vermögenssteuerpflichtig sind, also ein Vermögen von wenigstens 20.000 RM. haben. Daneben hat aber jeder Hausbesitzer für das Finanzamt noch einen besonderen Vordruck auszufüllen, der die Unterlage für die Bewertung seines bebauten Grundstücks bildet. Hier sind insbesondere Angaben über die Höhe der Mohnieten zu machen. Angewiesen ist dabei die Mohniete, die nach dem Stand am 1. Januar 1931 bezogen wurde oder — bei selbst bebauten Räumen — erzielbar war. Steht jedoch bei Abgabe der Erklärung fest, daß die Miete für einen späteren Zeitpunkt geringer wurde, so kann die künftige, geringere Miete eingestuft werden.

Die Mohniete bildet für Grundstücke, die am 1. Januar 1931 als zwangsverwaltet anzusehen waren, d. h. in Baden insbesondere alle vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Wohngrundstücke, die Grundlage der Bewertung für die bevorstehende Einheitsbewertung, ausgenommen die zwangsverwalteten Villen. In den Durchführungsvorschriften 1931 zum Reichsbewertungsgesetz ist nämlich vorgesehen, daß zwangsverwaltete Grundstücke mit einem Vielfachen der Mohniete nach dem Stand am 1. Januar 1931 bewertet werden. Ebenso können nicht zwangsverwaltete Grundstücke nach denselben Grundätzen bewertet werden. Auf Verlangen des Eigentümers sind letztere jedoch mit dem Ertragswert zu bewerten.

Das in der einzelnen Gemeinde oder in einem einzelnen Gemeindebezirk für bestimmte Grundstücke anzuwendende Vielfache der Mohniete (Normalmaß) ist von den Landesfinanzämtern auf Grund der in den letzten Jahren erzielten Kaufpreise und ihres Verhältnisses zu den Mohnieten der verkauften Grundstücke ermittelt worden. Diese Normalmaße sind am geringsten in den großen Städten und am höchsten auf dem flachen Lande, d. h. in den Großstädten ist ein geringeres Vielfaches der Mieten bestimmter Grundstücke notwendig, um auf den Durchschnitt der Kaufpreise zu kommen, als auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten. So ist zum

Beispiel vom Landesfinanzamt Karlsruhe der Normalmaß für Mietwohngrundstücke mit überwiegender Ein- bis Dreizimmerwohnungen in Mannheim mit dem sechsfachen, in den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern mit dem zehnfachen der Mohnieten angesetzt worden. Dies hängt damit zusammen, daß die Mieten für eine gleiche Wohnung in Mannheim ganz erheblich höher sind als in der Kleinstadt oder auf dem flachen Lande. Der Unterschied ist daneben auch noch darin begründet, daß die laufenden Kosten eines Mietwohnhauses in der Großstadt meist erheblich höher sind als in einer kleinen Gemeinde. Eine Benachteiligung der kleinen Gemeinden kann daher in dem höheren Vielfachen nicht erblickt werden, wenigstens dann nicht, wenn man die Höhe der durchschnittlichen Kaufpreise als Bewertungsmaßstab anerkennt. Dieser Maßstab ist aber für die bevorstehende Einheitsbewertung durch die Durchführungsvorschriften 1931 vorgeschrieben und damit von den maßgebenden Stellen anerkannt.

Sortierarbeiten der Arbeiten am Schluchseewerk

Die mit dem Bau des Schluchseewerkes zusammenhängenden Außenarbeiten sind nun alle bis auf geringe Reste beendet. Der Hangkanal, der die Wasser von den Nord- und Osthängen des Feldbergmassivs sammelt und in geschlossenen Kanal zum Windgfallweher leiten soll, ist bereits in Aktion. Die durch die enlofen Regenfälle der letzten Zeit gemaltig gesteigerten Wassermaßen ergießen sich in tosendem Schwall in den Windgfallweher, von wo sie in einem offenen Kanal zum Schluchseer abfließen. Ein Teil der im Staubegebiet liegenden alten, malerischen Schwarzwaldböden wurde geräumt und durch schmale, dem Landschaftscharakter angepaßte Neubauten in höheren Lagen ersetzt. So ist in Seeburg der bekannte Seehof verschunden; bald wird ihm auch das Gasthaus „Zur Seeburg“ und die historische, aus der St. Marienischen Zeit stammende Zehnthaus folgen. Eine umwälzende Änderung hat das Straßennetz im Bereich des Schluchsees erfahren müssen; die Straßen sind überall an die Verhänge hinauf außerhalb des künftigen Staues verlegt worden. Die einst so schöne Seeburg, die direkt von Uba am Seeufer entlang nach Seeburg führte, ist verlassen und verodet.

Die Hauptarbeit konzentriert sich jetzt auf den Bau der gewaltigen Staumauer, nachdem es gelungen war, die an der Baustelle aufgetretenen natürlichen Schwierigkeiten zu überwinden und den Untergrund durch Zementinjektionen größtmäßig zu dichten und tragbar zu machen. Die Staumauer hat in einzelnen Teilen schon eine beträchtliche Höhe erreicht. Sie wird nicht in einem Guß, sondern partieweise in die Höhe gebracht. Den Zement dazu schleppen die Züge der Dreifachbahn in ungeschützten Wagen herbei; das übrige Material wird in einem riesigen Seiltrieb auf der rechten Talseite direkt oberhalb der Baustelle gewonnen.

Verammlung

Des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins

Der Badisch-Pfälzische Luftfahrtverein e. V. hielt in Mannheim eine gut besuchte Verammlung unter Leitung des 1. Vorsitzenden Dr. Müller-Clemm ab, die Einblick in rege Vereinsarbeit gestattete. Den Ausführungen Dr. Müllers war zu entnehmen, daß der Augsburger Luftfahrtvertrag erwiesen habe, daß sich der Verein bei starker Konkurrenz besonders des Württembergischen Luftfahrtverbandes immer noch als führend betrachten könne. Kameradschaftsgefühl und intensive Mitarbeit seien für gedeihliche Weiterentwicklung unerlässliche Voraussetzungen. Im allgemeinen sei die Entwicklung zufriedenstellend, wenn auch der Segelfluggewerbe in der Abwärtsentwicklung gebracht habe. Heranbildung von Wettbewerbs-Spezialfliegern mit Spezialmaschinen sei für die Zukunft hier erforderlich. Die Vereinsfinanzlage sei zufriedenstellend und lasse den Vorbehalt größerer Abänderungen auf Geräte für die nächste Generalversammlung zu.

Der Bericht des Vereinsgeschäftsführers Schler zeigte die Mängel in den einzelnen Abteilungen auf und befaßte sich besonders mit den Verhältnissen in der Jugendfliegergruppe, der Modellflugabteilung, der Freiballonabteilung, bei der die vierfünftel Füllungszeit, die zu Verbindungen mit dem Mannheimer Gaswert Veranlassung gegeben hatte, gerügt wurde. Eine geplante Veranstaltung mit sechs Freiballons wird dadurch auf Karlsruhe fallen. Weitere Ausführungen galten der Segelflug- und Motorflugabteilung 15 Scheine

und 20 Alleinflieger werden voraussichtlich das Arbeitsergebnis im Oktober bilden. Ein vom Verein geplanter Europa-Rundflug mit drei Flugzeugen mußte aus Finanzgründen für dieses Jahr zurückgestellt werden. Blindflugübungen und Nachtflieger werden demnächst bestimmt durchgeführt. Dr. Spiegel (Verarbeitung) und die Abteilungsleiter Christ und Schneider ergänzten die Ausführungen.

Zehn Jahre Heilstätte Heuberg

Die Heilstätte Heuberg kann auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Im Oktober 1920 richtete man in dem früheren Lazarett des Truppenübungsplatzes eine Winterbelegung ein. Die Erfolge in dieser Abteilung waren so ermutigend, daß man sie als Dauereinrichtung unter dem Namen „Kinderheilstätte“ auch im kommenden Sommer beibehielt. Schließlich reichte das Haus nicht mehr aus und die Kaserne des Scheibens- und Handwerkskommandos wurde in die neue Heilstättenarbeit einbezogen. Vom Jahre 1925 an begann dann der systematische Aufbau unter Berücksichtigung aller klinischen Erfahrungen. Jetzt befindet sich auf dem Heuberg eine musterzügliche Kinderheilstätte, die über 375 Betten verfügt. Fünf Häuser und mehrere Nebengebäude stehen der Heilstätte zur Verfügung. Im Jahre 1930 betrug die Zahl der Verpflegten 114.706. Der Wert der Heilstätte auf dem Heuberg wird einschließlich des Geländes auf rund 1 Million Reichsmark angegeben, so daß das Bett auf rund 2750 RM zu stehen kommt.

Aus der Landeshauptstadt

Generalleutnant a. D. von Altkod 70 Jahre alt. Der frühere Kommandeur des Karlsruher Leibgrenadier-Regiments Nr. 109, Generalleutnant a. D. von Altkod, vollendete am Donnerstag sein 70. Lebensjahr. Am 27. Jan. 1911 wurde Oberst von Altkod Kommandeur der ersten badischen Leibgrenadiere. Am 22. März 1914 übernahm er die 60. Inf.-Brigade in Straßburg i. E. Während des Krieges, den er ausnahmslos an der Westfront mitmachte, kommandierte er im ganzen sechs verschiedene Divisionen. Seit 1. Januar 1920 ist er Hauptschriftleiter des Militär-Wochenblattes in Berlin.

Schmückung unserer Kriegsgräber im Ausland. Nachdem der Anlauf von Devisen in beschränktem Maße zugelassen worden ist, kann der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge nunmehr Sonderaufträge der Angehörigen, wie Errichtung von Grabzeichen, Kranzniederlegungen, Verpflegungen und Beschaffung von Lichtbildaufnahmen wieder ausführen. Auch wird es, soweit es sich jetzt übersehen läßt, möglich sein, die Schmückung der Kriegsgräber an den Totengedenktagen im November in dem üblichen Umfang vorzunehmen.

Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten Donnerstag nachmittags ein starkes Erdbeben. Der Einschlag der ersten Vorläuferwellen erfolgte um 16.36.05 Uhr. Das Maximum der Bewegung fiel auf 17.02 Uhr. Gegen 19 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Nach den vorläufigen Berechnungen beträgt die Herdentfernung etwa 7400 Kilometer.

Warenhaus-Vandendiebstähle vor Gericht. Vor dem Einzelrichter hatte sich eine zehntägige Diebes- und Diebstahlgesellschaft unter Führung der 25 Jahre alten verwitweten Kellnerin Antonie Kuhn geb. Diez aus Karlsruhe zu verantworten, die in der Zeit vom Dezember 1930 bis Anfang Juni dieses Jahres eine große Anzahl Ladengeschäfte und Warenhäuser in der Kaiserstraße unheimlich machte und daraus Waren, zum Teil Kleidungs- und Wäscheartikel, wie auch Schuhe, Gebrauchsgegenstände, Spielzeuge und Lebensmittel im Gesamtwert von über 3500 RM erbeutete. In Tauberbischofsheim und Karlsruhe konnte ein großer Teil des Diebesgutes beschlagnahmt und den Bestohlenen wieder zugestellt werden. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und fünf Monaten. Die Hauptangeklagte Kuhn erhielt sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von 2 1/2 Monaten Untersuchungshaft. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen 5 1/2 Monaten und sieben Wochen. Einer der Diebe erhielt 30 RM Geldstrafe.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Operette „Die lustige Witwe“ von Franz Lehár feiert durch die famose Darstellung des Künstlerpersonals bei jeder Aufführung neue Triumphe. Es sei daher besonders darauf hingewiesen, daß heute abend 20 Uhr eine Wiederholung stattfindet.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen. Unter dem Einfluß des kontinentalen Hochdruckgebietes wird das heitere und trodene Wetter auch morgen anhalten. Die Temperaturen werden am Tage infolge Einstrahlung ansteigen. Voraussage: Heiter und trocken und am Tage wärmer bei leichten nordöstlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 395 minus 7, Bafel 215 minus 25, Schutterinsel 283 minus 25, Rchl 435 plus 3, Mazar 650 minus 2, Mannheim 610 plus 10, Caub über 200 Zentimeter.

Die spanische Weinstube ist wieder eröffnet worden. Herr Bandits Guff hat im Jahre 1906 das aus der Weinbrennerzeit stammende Anwesen Kreuzstraße 10 (Ede Zähringerstraße) übernommen und hierin die im Laufe der Zeit allseitig bekannt gewordene „Spanische Weinstube“ eröffnet. Heute nun prangt sie anlässlich des 25jährigen Geschäftsjubiläums in einem neuen, zeitgemäßen Gewande. Der rührige Besitzer hat keine Mittel gescheut, um durch eine vollständige Erneuerung der Räumlichkeiten seinen Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Mit der Durchführung der architektonischen Gestaltung und Oberleitung wurde Architekt J. D. A. Eugen Kohlbeder hier betraut.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

| | 28. August | | 27. August | |
|-----------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 169.73 | 170.07 | 169.75 | 170.09 |
| Kopenhagen 100 Kr. | — | — | 112.51 | 112.73 |
| Italien . . . 100 L. | 22.03 | 22.07 | 22.02 | 22.06 |
| London . . . 1 Pf. | 25.458 | 20.498 | 20.461 | 20.501 |
| New-York . . . 1 D. | — | — | — | — |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.50 | 16.54 | — | — |
| Schweiz . . . 100 Fr. | — | — | 81.81 | 82.07 |
| Wien 100 Schilling | 59.17 | 59.29 | 59.15 | 59.27 |
| Prag . . . 100 Kr. | 12.468 | 12.488 | 12.471 | 12.491 |

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 26. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7777 Pence.

Literarische Neuerscheinungen

Der erste Luftreiseführer der Welt. Vor kaum 12 Jahren wurde die erste flüssige Luftverkehrslinie eröffnet (1919 zwischen Berlin und Weimar), heute gibt es allein innerhalb Deutschlands 69 Strecken mit regelmäßigem Luftverkehr, ungedruckt die internationalen Verbindungen. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derer, die den Luftfreizeug nicht nur der Schnelligkeit wegen, sondern auch um des einzigartigen Erlebniswertes willen bevorzugen. Zum vollen Genuß einer Luftreise gehört allerdings auch ein besonderer, weiträumiger Orientierungssinn, denn die Dinge, die uns auf der Erde riesengroß erscheinen, sind von oben gesehen, winzig klein; das Gesichtsfeld scheint unendlich weit ausgebeugt und wechselt doch oft in Minuten. Ein „Luftreiseführer“ war deshalb schon längst notwendig. Der altbewährte Reisebücherverlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig legt ihn uns jetzt vor: „Reiseführer Luftverkehr, „Mitteldeutschland“, herausgegeben unter Mitwirkung der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft, Format 12x21,5 Zentimeter. Mit 83 Streckenkarten und einem Luftverkehrsplan. In Ganzleinen 15 RM. — Zum ersten Male werden hier alle wichtigen Strecken des dichtesten Flugnetzes der Erde ausführlich beschrieben, zunächst die großen internationalen, zwischen Oslo im Norden, Rom und Barcelona im Süden, Leningrad, Moskau und Konstantinopel im Osten, Paris und London im Westen, anschließend sämtliche Inlandsfluglinien Deutschlands, Österreichs, Ungarns, der Tschechoslowakei und der Schweiz. Das Inhaltsverzeichnis weist die statliche Zahl von 173 Strecken auf. Die Darstellung des Geographen A. Wads, der sämtliche Strecken, wie am Vordruck angegeben, besprochen hat, ist musterhaft kurz und knapp. Bei jeder Strecke wird die genaue Entfernung in Kilometer angegeben, Flugzeug und Preis und zum Vergleich auch die schnellste Bahnverbindung. Es folgt dann eine Beschreibung aller vom Flugzeug aus sichtbaren Besonderheiten der Landschaft: der Berge, der Flüsse, Eisenbahnlinien und Straßen, Städte und Industrieanlagen usw. Alle wichtigen Punkte sind durch Fettdruck hervorgehoben. Links und rechts des Textes ist in einer besonderen Spalte die jeweilige Entfernung angegeben, so daß man nach der Flugzeit stets sofort ermitteln kann, wo man sich befindet. Besonders wertvoll sind die ganz neuartigen Kartenstücken, die niemals ein ganzes Gebiet mit allen Einzelheiten, sondern nur die Blickpunkte aufweisen, nach denen man sich leicht orientieren kann. Eine alphabetische Übersicht der Städte mit Flugverbindung nennt Zubringerdienste und Ausflugsstellen. Im Anhang findet sogar der

Sportflieger praktische Angaben über Wetterwarten, Verhältnisse, Revidieren, Flugfunkstellen und ähnliches. Ein Verzeichnis empfehlenswerter Hotels macht den Schlaf. Wie man sieht, ist nichts vergessen worden, und so wird dieser erste Luftreiseführer wohl bald allen Fluggästen ebenso unentbehrlich sein, wie den Piloten und Sportfliegern.

Joe Leberer: „Drei Tage Liebe“ (In Leinen 3,80 RM, Universitäts Deutsche Verlags-A.G., Berlin). — Es geht hier um die elementare Liebe einfacher Menschen. Im tragischen Geschehen entfaltet sich das Gefühl der Liebenden zu seiner ganzen Kraft, steigert sich die Gestaltungskraft der jungen Dichterin zu ihrem Gipfel.

Zwischen Weden und Japantreich! Eine kleine Garnison uneres alten Deeres ist von der Schaulaps von Peter Kurzbaums neuem Militärroman aus der Vorkriegszeit „Zwischen Weden und Japantreich“, den der Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W., soeben zu einem erfreulich niedrigen Preis herausgebracht hat (320 Seiten Text, Preis 2,65 RM.). Ricmand war wohl besser besuhen als Peter Kurzbaum, der treffliche Kenner und Schilderer des „seligen Kommi“, der weitbekannte Sänger des „Acquamar“, diesen Roman zu schreiben. Mit wenigen knappen Strichen, die scharf umreißen und glänzend treffen, bringt er eine solche Menge von aus dem Leben gegriffenen Situationen und Typen aus der alten Dienstzeit, daß dem alten Soldaten das Herz im Leibe lacht, und alle, die nie der bunten Mod getragen, ein plastisches Bild des Lebens und Treibens erhalten, wie es sich zwischen Weden und Japantreich in jeder deutschen Kaserne abspielte.

Joseph Delmont: Gaultier und Bestien. Roman. (5 RM. Verlag Fr. Bils, Grunow, Leipzig). — Joseph Delmont, der in seiner Jugend Altkod, später Dompieur und Großtierfänger war, hat hier das Buch geschrieben, zu dem er wie kein anderer berufen war. — Der ungeheuer spannende und erschütternde Roman stellt in realistischer Anschaulichkeit eine Welt von Wundtief und Filtter vor den Leser hin. Wir lernen das Leben einer abseitigen Menschensicht in seiner ganzen vibrierenden Weltanschauung kennen. Die Handlung ist ein Spiegelbild menschlicher Güte und Leidenschaften und läßt die Geschehnisse in wildbewegten Bildern vorbeiziehen. — Auch in diesem Roman zeigt sich Delmonts außergewöhnliche Gestaltungskraft von ihrer stärksten Seite. Gleich offenbar sich erneut eine Erzählungskunst, die in atemberaubendem Tempo zu schildern weiß: mit tiefem Verständnis für Mensch und Tier, und vor allem in den kriminalistischen Partien, mit psychologischen Schärfe.

Gemeinderundschau Die Finanzlage der Gemeinden

Der Bürgerausschuß von Memprechtshofen (Amt Neßl) genehmigte mit Zweidrittelmehrheit den Voranschlag für das Jahr 1931/32, der eine Umlage vom Grundvermögen von 66 Reichspfennig vorsieht, was gegenüber dem Vorjahre eine Ermäßigung von 11 Pf. bedeutet. Dazu kommen noch 10 Pf. Kreissteuern. Der Voranschlag ist sehr sparsam aufgestellt; es konnte von der Einführung der Bürger- und Viersteuer Abstand genommen werden.

In Buchholz (Amt Badkirch) hat man auf Verweisung des Gemeinderats und des Bürgerausschusses die Einordnung der Gemeindebeamten in den Gehaltsstufen der Reichs- und Staatsbeamten aufgehoben und die Gehälter erheblich gekürzt. Diese betragen nur noch 60 Prozent der bisherigen Höhe.

Der Gemeinderat Bonndorf hat in seiner letzten Sitzung den Gemeindevoranschlag für 1931/32 fertiggestellt. Danach stehen 195 400 RM. Einnahmen 214 103 RM. Ausgaben gegenüber, so daß 18 703 RM. durch Umlage zu decken sind. Es werden erhoben vom Grundvermögen 25, vom Betriebsvermögen 14 und vom Gewerbevermögen 179 Pf. Außerdem gelangt die einfache Viersteuer zur Einführung.

Der Streit um die Bewirtschaftung der Schwelinger Allmendwiesen. Die Bürger der Stadt Schwelinger haben vor vier Jahren zu der Bewirtschaftung der Allmendwiesen durch die Gemeinde nur unter der Bedingung ihre Zustimmung gegeben, daß das Gelände nach vier Jahren wieder an die Gemeindeglieder zurückgegeben wird. Der Bürgerverein beschloß in einer Versammlung, an dieser Bedingung festzuhalten und bei der Abstimmung mit „Nein“ abzustimmen. Stimmberechtigt waren 1146 Bürger und Bürgerwitwen. 72 Prozent machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch und zwar stimmten 50 Personen mit „Ja“ und 422 mit „Nein“. Für den Beschluß des Gemeinderates, die Schwelinger Wiesen weiter in der bisherigen Weise zu bewirtschaften, ist demnach eine Mehrheit nicht zustande gekommen. Das Ergebnis der Abstimmung kann jedoch nicht als Bürgerbeschluß gelten, weil die Neinstimmen nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten (574) ausmachen. Vermutlich wird nun der Gemeinderat von der bisherigen Bewirtschaftung Gebrauch machen und eine zweite Abstimmung anberaumen, bei der die Nichtstimmenden, oder Nichtabstimmenden als zustimmend gezählt werden.

Anzeige Nachrichten aus Baden

Zum Fall Lacum

Aus Bingen a. Rh. wird berichtet: Die Untersuchungen des Falles Lacum schreiten weiter fort. Den amtlichen Stellen liegt ein dauernd wachsendes Altematerial vor. Die Hinterlassenschaft des verunglückten oder verschwundenen Georg Heinz von Lacum macht sich jetzt in allen Orten um Bingen bemerkbar. Die laufenden Angelegenheiten werden nach und nach fällig und mancher Gewerbetreibende oder Kaufmann bekommt einen Wechsel ins Haus, der seine Unterschrift trägt, dessen Summe aber sein ganzes Vermögen oder noch mehr ausmacht. Interessant ist ein Fall, in dem sich ein Maschinenrevisor, der an sich kaufmännisch tüchtig ist, von Lacum begeben ließ, daß er unter 27 Wechseln keine Unterschrift setzte. Mit Wangen sieht er der Zukunft entgegen. Wie er dazu gekommen ist, diese Wechsel unausgefüllt mit seinem Namen abzugeben, weiß er heute nicht. Dieser Fall beweist, daß Lacum selbst gewandte Geschäftsleute so beeinflusste, daß sie die primitivsten kaufmännischen Regeln außer Acht ließen.

Auf der Spur nach dem Eisenbahnattentat.

DB. Baden-Baden, 28. Aug. Die Annahme, das es sich bei der Karte an eine Berliner Zeitung um eine Mystifikation handelt, wird erhärtet. Wie jetzt bekannt wird, hat der Leiter der Berliner Nordkommission, Kriminalrat Gennath, der die

Ermittlungsarbeiten zur Aufklärung des Jüterbogener Attentats führte, eine Karte des Abenders erhalten. Der Wortlaut ist der gleiche. Die Adresse lautet: Kommissar Gennath, Berlin, Alex. Verblüffend ist die Ortskenntnis, die der Schreiber von Berlin hat. Die Polizei arbeitet mit allen Mitteln an der Feststellung des Schreibers. Auf die Hinweise der Zeitungen hoben sich zahlreiche Personen aus der Bevölkerung gemeldet, die sachdienliche Beobachtungen gemacht haben wollen. Die hiesige Kriminalpolizei hat alle diese Spuren verfolgt, ohne auf eine bestimmte Fährte zu kommen. Auch Nachforschungen im Gasthaus zum „Badreit“, auf das sich eine Bemerkung auf der Postkarte bezieht, haben ein Ergebnis nicht gezeitigt. Man stelle zwar fest, daß in der fraglichen Zeit ein Berliner dort genächtigt hat. Der betr. Fremde steht jedoch außerhalb des Verdachts, der Schreiber der Karte zu sein.

DB. Scherzingen (Bez. Buchen), 27. Aug. In der Scheune des Schuhmachers Krog brach während des Dreschens Feuer aus, das, genährt durch die vielen Frucht- und Heuborsten, in kurzer Zeit das Gebäude in Schutt und Asche legte. Das angrenzende Wohngebäude konnte durch die tatkräftige Löscharbeit gerettet werden, wurde aber schwer beschädigt. Als Brandursache wurde Kurzschluß festgestellt, der zwischen Anläufer und Motor entstand.

DB. Schlierstadt (Amt Adelsheim), 27. Aug. Dienstag früh brach im Wohnhaus des Landwirts Ludwig Weber auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer aus, dem ein Teil des Dachstuhls zum Opfer fiel. Auch der übrige Teil des Wohnhauses wurde stark beschädigt. Mobiliar und Vieh konnten in Sicherheit gebracht werden.

DB. Rotenberg b. Wiesloch, 27. Aug. Mittwoch nach Stürze der große frühere Zehnkeller, der nunmehr im Besitze der Gemeinde ist, wahrscheinlich infolge Lockerung des Untergrundes, ein. Der große gewölbte Keller, der vor mehreren Jahrhunderten als bischöflich speisender Zehnkeller neben der großen Zehnkellereue erbaut wurde, sollte in diesem Späthjahr von der hiesigen Abteilung der Wingergenossenschaft Rotenberg-Rotenberg als Lagerkeller wieder in Gebrauch kommen. Es wurden in diesen Tagen daher Umbauarbeiten vorgenommen, die noch nicht beendet waren, als die starke Frontmauer zusammenbrach und infolgedessen auch das Gewölbe zusammenstürzte. Da der Keller nun neu aufgebaut werden muß, ist der Gemeinde ein großer Schaden entstanden. Glücklicherweise waren keine Menschen im Kellerraum, als der Zusammenbruch erfolgte.

DB. Baden-Baden, 27. Aug. Im Gastprüfungsamt des feierzeit wegen verschiedener Schwindelen und Betrügereien verhafteten Ehepaars von Schellersheim wurde nach einer Meldung aus Dortmund der Gastbesuch aufgehoben. Die Beschuldigten befinden sich jetzt wieder auf freiem Fuß. (Wie bekannt, hat das Ehepaar Schellersheim durch großangelegte Schwindelen viele Leute schwer geschädigt. So gründeten sie in der Villa Borghese eine glänzend eingerichtete Bar, kauften die teuersten Möbel und sonstige Ausstattungsstücke und führten ein großes Haus, alles auf Kosten gutgläubiger Leute. Die Zahl der Geschädigten ist außerordentlich groß.)

DB. Freiburg, 27. Aug. In den bekannten Weingebieten in der Umgebung Freiburgs stehen die Reben sehr gut und lassen einen reichen Herbst erwarten. Als erste Gemeinde des Markgräfler Landes hat Weil die Weinberge geschlossen.

DB. St. Georgen i. Schw., 27. Aug. Auf dem Stadtwaldturnplatz starb ein 29 Jahre alter Gewerbeschulassessor aus Schwelinger, der seit einigen Wochen in Unterriemach zur Erholung weilte, von der Plattform des Turmes in die Tiefe. Er blieb mit zertrümmertem Schädel tot liegen. Ein schweres Rückenleiden dürfte den Unglücklichen in den Tod getrieben haben.

DB. Kleinlaudenburg b. Sickingen, 27. Aug. Hier wurde die 39jährige Frau des Polizeiwachmeisters Wachsenberger, welche

als Rechnerin in der Einzugsstelle Kleinlaudenburg der Allg. Ortskrankenkasse Sickingen tätig war, wegen Unterschlagung verhaftet und ins Amtsgefängnis Sickingen eingeliefert. Die Frau stand schon seit einiger Zeit unter dem Verdacht der falschen Rechnungsführung. Als nun eine Revision bei ihr angekündigt wurde, täuschte sie einen nächtlichen Einbruch vor. Es wurde ein Fehlbetrag von 1100 RM. festgestellt. Während des Verhörs gestand die Frau eine weitere, 2 Jahre zurückliegende Unterschlagung von 2200 RM. ein. Damals gab sie an, daß sie diesen Betrag auf dem Wege zur Ortskrankenkasse nach Sickingen verloren habe. Das Geld scheint die Frau im Haushalt verwendet zu haben. Da ihre Ehe selbst kinderlos ist, hatte sie sich oft Kinder von auswärtig eingeladen, die sie mochenlang bei sich hielt.

DB. Konstanz, 27. Aug. Die langanhaltende Regenperiode hat sich auf dem Gebiete der Schifffahrt unangenehm bemerkbar gemacht. Das Wasser des Bodensees ist in den letzten Tagen durch die ausgiebigen Regenfälle stark gestiegen. Der Wasserstand ist für diese Jahreszeit ungewöhnlich hoch, so daß die auf dem Untersee stationierten Schiffe vorläufig nicht nach dem Obersee gebracht werden können, weil sie nicht mehr unter der Konstanz Rheinbrücke durchkommen.

Staatsanzeiger

Die im August 1931 abgehaltene Gerichtsvollzieherprüfung haben folgende Gerichtsvollzieheranwärter bestanden:

Hermann Brand aus Unterjochwald, Wilhelm Grafmann aus Amsberg, Josef Rees aus Herbolzheim, Theodor Härtel aus Bruchsal, Kanzleihilfe Karl Reizmann aus Unterziersbach, Jakob Geiser aus Heidelberg, Bendameriehauptwachmeister Fritz Ludwig aus Grauelbaum, Kanzleihilfe Hermann Mohr aus Karlsruhe, Johann Schöble aus Gailingen und Albert Wehrle aus Altsimonswald.

Karlsruhe, den 27. August 1931.

Der Justizminister
J. L. G. ö. p.

Lebensrettung.

Dem Polizeiwachmeister Josef Trisbacher in Freiburg, der am 3. Juni 1931 im Altrhein bei Breisach einen neunjährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, spreche ich für seine mutige und entschlossene Tat die öffentliche Anerkennung aus.

Freiburg i. Br., den 25. August 1931.

Badischer Landeskommissar
für die Kreise Freiburg, Bruchsal und Offenburg
Schwoerer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:

Die Amtsgerichtsräte Dr. Richard Wagner in Freiburg zum Landgerichtsrat daselbst, Dr. Albert Bühner in Riefkirch zum Landgerichtsrat in Karlsruhe, Wilhelm Martens in Offenburg zum Landgerichtsrat daselbst, die Staatsanwälte Dr. Kurt Emsheimer in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrat in Bruchsal, Dr. Oskar Fischer in Offenburg zum Amtsgerichtsrat daselbst, die Gerichtsassessorin Maria Friedmann aus Offenburg zum Amtsgerichtsrat in Mannheim, die Justizpraktikanten Martin Weinmann beim Landgericht Mannheim und Ludwig Hermann beim Amtsgericht Karlsruhe zu Justizobersekretären.

Befördert:

Amtsgerichtsrat Maximilian Ratt in Bruchsal nach Freiburg.

Zur Ruhe gesetzt:

Justizinspektor Wilhelm Ghely beim Rotariat Freiburg, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Spanische Weinhalle

BAUDILIO CUSI - KARLSRUHE
Kreuzstraße 10 — Fernsprecher 3317

Nach vollständiger Renovierung

Wiedereröffnung

Anlässlich meines

25jährig. Geschäfts-Jubiläums

bringe ich zum Ausschank zu Ausnahme-Preisen L. 379

Spezial-Jubiläums-Wein

Spezial-Jubiläums-Wermut

sowie meine bestbekanntesten naturreinen Südweine

Verkauf auch über die Straße!

Jeden Donnerstag Schlachttag!

B.121. Karlsruhe. Über das Vermögen des Otto Fuhrmüller, Buchdrucker in Karlsruhe, Goethe-Str. 41, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: August Geh. Treuhänder hier, Waldstraße Nr. 41. Vergleichstermin ist am Freitag, 25. September 1931, Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 25. August 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

B.123. Bruchsal. Über das Vermögen der Firma

B. Weinbach, Bruchsal. Inhaber Kaufmann Phil. Schmitt in Bruchsal, wird am 27. August 1931, nachmittags 5 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Rechtsanwalt Reimuth in Bruchsal wird zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird bestimmt auf Montag, 28. September 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, 1. Stock, Zimmer Nr. 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 27. August 1931. Amtsgericht.

DIE BEILAGEN

DER KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Insertieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein



Gommer-Operette

im Stadt. Konzerthaus

Samstag, 29. August 1931

Peppina

Operette von Robert Stolz

Dirigent: Pilger

Regie: Reihner

Mitwirkende:

Leberer, Schmitz, Janz,

Racher, Seibold a. G., Böser,

E. Rivinius

Anfang 20 Ende 23

Preise 1—4 RM

So. 30. 8. Peppina.

Oeffentl. Sparkasse Waldkirch i. Br.

— Städtische Sparkasse —
(gegr. 1855)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

| Vermögen | RM | Schulden | RM |
|--|--------------|---|----------------|
| 1. Kassenbestand | 26 152,72 | 1. Guthaben der Einleger: | |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse | 353 091,79 | a) Spareinlagen | 2984 856,10 RM |
| 3. Wertpapiere: Kennwert 86 200,— Anschaffungs-wert 81 633,20 Kurswert | 84 113,50 | b) Giro-u. Kontokorrent-einlagen | 259 253,45 RM |
| 4. Wechsel | 104 396,52 | 2. Aufwertungs-spareinlagen | 1 158 663,73 |
| 5. Darlehen a. Hypotheken | 1 537 676,— | 3. Gesehl. Sicherheitsrück-lage | 136 236,10 |
| 6. Darlehen an Gemeinden und öffentl.-rechtl. Körperschaften | 555 871,24 | 4. Sonderrücklage für Auf-wertung | 5 778,38 |
| 7. Grundstückaufgelber | 100,— | 5. Geschäftsgewinn im Jahre 1930 | 41 913,94 |
| 8. Darlehen gegen Faust-pfand | 9 960,— | welcher wie folgt ver-wendet wurde: | |
| 9. Darlehen auf Schuldschein gegen Bürgschaft | 52 214,95 | Zuweisung an die gesetzliche Sicherheitsrück-lage | 27 692,32 |
| 10. Darlehen in laufender Rechnung | 750 598,44 | Sonderrücklage für die Auf-wertung | 4 221,62 |
| 11. Aufwertungs-forderungen | 733 538,55 | Rückstellung für die Entwer-tung v. Grund-stücken | 5 000,— |
| 12. Aufwertungsberrech-nungsfondo | 184 184,15 | Zuweisung an die bürgende Gemeinde | 5 000,— |
| 13. Einnahmerückstände | 72 970,87 | | |
| 14. Grundstücke u. Gebäude: a) Verwaltungsgebäude | 50 000,— | | |
| b) sonstige Gebäude | 71 831,97 | | |
| 15. Gerätschaften | 1,— | | |
| | 4 586 701,70 | | 4 586 701,70 |

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 244 109,55 RM 162 205,45 RM
Sie beträgt auf Jahresabschluss 163 928,42 RM
Somit mehr 1 722,97 RM

Waldkirch i. Br., den 8. Juni 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
G. Berle, Bürgermeister.
Die Geschäftsleitung:
Straub, Röcher, Verwalter, Kontrollent.

Druck G. Braun, Karlsruhe.